

| | |
|---|---|
| EU-Exporte von Agrarprodukten und Lebensmitteln legten im März deutlich zu | 1 |
| Angebot für psychosoziale Gesundheit im bäuerlichen Bereich ausbauen | 1 |
| LK Kärnten Vollversammlung mehrheitlich für Alm- und Weideschutzgesetz | 2 |
| LK Burgenland Vollversammlung erlässt Resolution rund um Ukraine-Getreide-Importe | 5 |
| LFI veröffentlicht umfangreichen Mastgeflügel-Ratgeber | 6 |
| Bundesforste warnen vor erhöhter Waldbrandgefahr | 7 |

EU-Exporte von Agrarprodukten und Lebensmitteln legten im März deutlich zu

Handelsüberschuss beträgt 6,9 Mrd. Euro

Brüssel, 28. Juni 2023 (aiz.info). - Nach dem Einbruch der Exporte im Februar hat sich der EU-Agrar- und Lebensmittelhandel im März 2023 mit einem deutlichen Anstieg der Ausfuhren wieder erholt. Dies führte zu einem Handelsüberschuss von 6,9 Mrd. Euro, was einem Anstieg von 28% gegenüber dem Vormonat entspricht und das höchste Niveau der vergangenen drei Jahre bedeutet, berichtet Dow Jones News. Insgesamt erreichten die Ausfuhren im März einen Wert von 21,5 Mrd. Euro, was einem Anstieg von 16% im Vergleich zum Februar und 14% gegenüber März 2022 entspricht. Der Wert der Einfuhren ist nach drei Monaten ebenfalls gestiegen und liegt bei 14,6 Mrd. Euro.

Im März 2023 stiegen die Ausfuhren von Agrar- und Ernährungsgütern aus der EU laut der Kommission deutlich und erreichten im ersten Quartal 2023 einen kumulierten Wert von 58,2 Mrd. Euro. Dies entspricht einem deutlichen Zuwachs von 13% gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2022 (plus 6,7 Mrd. Euro). Nahezu alle Produktkategorien verzeichneten demnach höhere Exportwerte als im Vorjahr: Insbesondere stiegen die Ausfuhrwerte von Getreidezubereitungen und Mühlenprodukten (plus 1,2 Mrd. Euro bzw. plus 24%), Zubereitungen aus Obst, Nüssen und Gemüse (plus 698 Mio. Euro bzw. plus 31%) sowie Milcherzeugnissen (plus 634 Mio. Euro bzw. plus 15%).

Die drei wichtigsten Bestimmungsländer für EU-Agrar- und Ernährungsexporte waren im ersten Quartal 2023 das Vereinigte Königreich, die USA und China. Bemerkenswerte Exportsteigerungen gab es in Richtung Türkei (plus 416 Mio. Euro bzw. plus 41%, vor allem Rindfleisch) und Saudi-Arabien (plus 362 Mio. Euro bzw. plus 40%, vor allem Getreide).

Die Einfuhren von Nahrungsmitteln in die EU sind nach einem saisonbedingten dreimonatigen Rückgang im März 2023 wieder gestiegen, und zwar um 10% gegenüber dem Vormonat. Somit stieg der Monatswert wieder auf 14,6 Mrd. Euro, wie es weiter heißt. In dieser Zeit seien insbesondere die Importe von Zucker und Isoglukose, Getreide und Tabakwaren sowohl mengen- als auch wertmäßig gestiegen. Die Einfuhren aus der Ukraine, Kanada und dem Vereinigten Königreich nahmen demnach am stärksten zu, während die Einfuhren aus Russland in diesem Zeitraum deutlich unter dem Niveau von 2022 lagen (minus 44% bzw. minus 365 Mio. Euro). (Schluss)

Angebot für psychosoziale Gesundheit im bäuerlichen Bereich ausbauen

Strasser und Neumann-Hartberger wollen soziale und psychische Herausforderungen sichtbar machen

Wien, 28. Juni 2023 (aiz.info). - Die Regierungsparteien ÖVP und Grüne haben einen Entschließungsantrag eingebracht, um die psychosoziale Betreuung in der Land- und Forstwirtschaft auszubauen. "Die Situation auf unseren Höfen ist nicht immer bloß romantische Idylle. Harte Arbeit belastet Körper und Psyche, Krankenstands- oder Urlaubsansprüche sind in der Regel Fehlanzeige. Auch Generationenkonflikte können zur Schwierigkeit werden. Wir haben daher im Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft den Antrag eingebracht, das Angebot für psychosoziale Gesundheit zu

stärken", so ÖVP-Landwirtschaftssprecher **Georg Strasser** und Bundesbäuerin **Irene Neumann-Hartberger**

Neumann-Hartberger weist auf drei Punkte hin: "Das bäuerliche Sorgentelefon, Teil des Projektes 'Lebensqualität Bauernhof' im Ländlichen Fortbildungsinstitut LFI, ist eine niederschwellige Erstanlaufstelle. Die Ansprechpartner mit bäuerlichem Hintergrund sind psychosozial geschult, um Auskunft zu geben und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Alleine im vergangenen Jahr wurde dieser Service 875-mal genutzt, insgesamt bereits über 10.000-mal. Jetzt gilt es, dieses wichtige Angebot weiterzuentwickeln. Daneben fordern wir ein Bekenntnis zu Bildung und Beratung und einen Ausbau bewährter Programme. Gestärkte bäuerliche Familienbetriebe kommen letztlich mit vielfältigen Leistungen uns allen zugute", sagt die Bundesbäuerin. Persönliche Beratungsangebote im Rahmen von "Lebensqualität Bauernhof" sollen etwa in allen Bundesländern fix verankert werden.

"Wir müssen soziale und psychische Herausforderungen speziell in der Land- und Forstwirtschaft sichtbar machen", hebt Strasser hervor. "Daher fordern wir die Bundesregierung auf, eine Studie über die Arbeitsbelastung und weitere mögliche psychische Belastungen in Auftrag zu geben. Gerade bei Bäuerinnen und Bauern können Verantwortung und gesellschaftlicher Druck zu Überlastung führen. Hier müssen wir den Hebel ansetzen und bewusst gegensteuern."

Strasser betont zudem, dass auch im Bereich der Sozialversicherung ein verstärktes Augenmerk auf psychosoziale Gesundheit gelegt wird: "Auf Drängen des Bauernbundes wird das Präventionsangebot der SVS - Sozialversicherung der Selbstständigen - nunmehr ausgebaut. Neben vielfältigen Angeboten für die mentale Gesundheit werden mit dem Gesundheitshunderter gezielt Maßnahmen zur Stärkung der seelischen Gesundheit gefördert." (Schluss)

LK Kärnten Vollversammlung mehrheitlich für Alm- und Weideschutzgesetz

Zwei Resolutionen zu Wolf und Bauerneinkommen verabschiedet

Klagenfurt, 28. Juni 2023 (aiz.info). - Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer (LK) Kärnten im Bildungshaus Schloss Krastowitz stand ganz im Zeichen der Wolfsproblematik. Schon in der vergangenen Woche hatte Agrar- und Jagdreferent LHStv. **Martin Gruber** angekündigt, ein Alm- und Weideschutzgesetz gegen die unkontrollierte Ausbreitung von Wölfen umsetzen zu wollen, sofern dies die Zustimmung der bäuerlichen Interessenvertretung findet.

Der Besuch des EU-Umweltdirektors für Artenvielfalt, Humberto Delgado Rosa, der auf Einladung von Landwirtschaftskammer und Almwirtschaftsverein nach Kärnten gekommen war, hat gezeigt, dass eine Absenkung des strengen Schutzstatus der Wölfe auf EU-Ebene nur langfristig möglich sein wird. Betroffene Länder wie Kärnten sind weiterhin auf sich gestellt, um die Ausbreitung der Wölfe unter Kontrolle zu halten. Vor diesem Hintergrund schlägt LHStv. Gruber nun die Einführung eines Alm- und Weideschutzgesetzes vor, in dem Gebiete definiert werden, in denen Wölfe unabhängig von Risszahlen entnommen werden dürfen. Voraussetzung dafür ist die Prüfung der nicht gegebenen Schützbarkeit der Alm- und Weidegebiete, was aufgrund von EU-Recht notwendig ist.

"Wir schaffen die rechtliche Grundlage, Gebiete zu definieren, in denen es Ausnahmen von der Schonzeit für den Wolf gibt, weil dort keine anderweitigen Lösungen möglich sind, um Almen zu erhalten und ernste Schäden in der Tierhaltung zu verhindern", erklärt Gruber. Die Ausweisungen solcher Gebiete wären zwar zeitlich zu befristen bzw. in regelmäßigen Abständen auf allfällige Veränderungen hin zu überprüfen. "Es wäre damit aber ein noch rascheres Agieren gegen eine unkontrollierte Ausbreitung der Wölfe auf unseren Almen und Heimweiden möglich", betont Gruber. Aufbauend auf dem Gesetz würde die Kärntner Wolfsverordnung angepasst werden. Die Regelungen für Risikowölfe würden unverändert bestehen bleiben, die Regelungen zum Schadwolf durch die neue Vorgangweise ersetzt werden.

Resolution an Landtag mit nur einer Gegenstimme beschlossen

Der Vorstoß des Agrarreferenten fand in der Kammervollversammlung über alle Fraktionsgrenzen hinweg große Zustimmung. "Der Vorschlag ist ein Meilenstein zum Schutz unserer Alm- und Weidewirtschaft gegen die unkontrollierte Ausbreitung von Wölfen", bringt LK Kärnten-Präsident **Siegfried Huber** die Zustimmung der Kammerrät:innen auf den Punkt. "Die Weidehaltung auf Almen und Heimweiden ist in Kärnten besonders ausgeprägt und Teil unserer traditionellen Berglandwirtschaft. Gerade diese tierfreundliche Weidehaltung kommt aber durch die unkontrollierte Ausbreitung von Wölfen immer mehr unter Druck. Wenn man diese Weidehaltung unter gesetzlichen Schutz stellt, kann das ein guter Ansatz sein, in diesen Gebieten Wölfe leichter zu entnehmen als bisher", erläutert Huber, der darauf hinweist, dass auch das EU-Mitgliedsland Schweden den Schutz der traditionellen Rentier-Weidehaltung über den Schutz von Wölfen stellt und die Bejagung in diesen Gebieten einfach und unbürokratisch ermöglicht.

Die Kärntner Landwirtschaftskammer Vollversammlung fordert nun mittels Resolution den Kärntner Landtag als oberstes gesetzgebendes Organ auf, ein "Alm- und Weideschutzgesetz zu beschließen, welches eine darauf aufbauende Verordnung ermöglicht, die eine unbürokratische Bejagung von Wölfen in Alm- und Weidegebieten zulässt". Diese Resolution wurde von der LK-Vollversammlung mit nur 1 Gegenstimme - von Heimo Urbas (Liste Heimo Urbas/Österr. Unabhängiger Bauernverband - UBV/Kärnten) - verabschiedet. LK-Präsident Huber bedankt sich bei allen Fraktionen für die Zustimmung. Diese zeige einmal mehr, dass die Kammerrät:innen die Sache in den Mittelpunkt stellen und geschlossen für die Anliegen der Bauern eintreten. Die Resolution kann auf aiz.info heruntergeladen werden.

Bauerneinkommen: Maßnahmenkatalog als Resolution an Bundesregierung

Intensiv diskutiert wurde in der Vollversammlung auch die aktuelle Marktlage. Diese ist besorgniserregend, denn obwohl die Konsumentinnen und Konsumenten beim Einkauf davon nichts bemerken, befinden sich die Erzeugerpreise für Milch, Fleisch, Getreide und Holz auf Talfahrt. Angesichts der nach wie vor hohen Preise für Betriebsmittel und Investitionsgüter sind nach dem Jahr 2022, in dem die drastischen Einkommensverluste der Vorjahre - auch nur - teilweise wettgemacht werden konnten, für das Jahr 2023 wieder sinkende Bauern-Einkommen zu befürchten. "Während im Herbst kräftige Lohnerhöhungen für die unselbständig Erwerbstätigen ins Haus stehen, werden viele bäuerliche Betriebe heuer weniger verdienen als im Vorjahr. Und das, obwohl das durchschnittliche landwirtschaftliche Einkommen nach wie vor weit unter jenem von Arbeitnehmern liegt und auch die bäuerlichen Familien mit steigenden Lebenshaltungskosten konfrontiert sind. Das ist nicht hinnehmbar", stellt LK-Präsident Siegfried Huber klar.

Fraktionsübergreifend richtet die Kammervollversammlung daher einen Forderungskatalog in Form einer Resolution an die Bundesregierung, um die bäuerlichen Einkommen für das Jahr 2023 abzusichern. Gefordert werden unter anderem die Absicherung des bäuerlichen Agrardiesels, eine Berücksichtigung der Inflation bei den Leistungsabgeltungen, das Einfrieren der Sozialversicherungsbeiträge, die Verlängerung und Neudotierung des Waldfonds und rechtliche Besserstellungen bei der Strompreisbremse für die landwirtschaftlichen Betriebe. Auch diese Resolution wurde mit nur einer Gegenstimme - von KR Heimo Urbas - verabschiedet. Die Resolution zu den Bauerneinkommen kann auf aiz.info heruntergeladen werden.

Manfred Muhr: Bauernvertreter mit Handschlagqualität

Wie letzte Woche bekannt geworden war, legt Manfred Muhr sein Amt als zweiter Vizepräsident der LK Kärnten aus persönlichen Gründen zurück und scheidet in der Folge aus der LK-Vollversammlung aus. Muhr war seit zwölf Jahren als Kammerrat in der LK-Vollversammlung vertreten, davon fünf Jahre als erster Vizepräsident. In seiner gesamten Funktionsperiode hat Muhr als Vorstandsmitglied die Geschicke der Landwirtschaftskammer Kärnten wesentlich mitgestaltet. LK-Präsident Siegfried Huber bedauert das Ausscheiden seines Vorstandskollegen: "Manfred Muhr ist ein Bauernvertreter mit Handschlagqualität, der sich mit viel Einsatz und Herzblut für die Anliegen der bäuerlichen Betriebe in Kärnten und in ganz Österreich eingesetzt hat. Ich verhehle nicht, dass ich sein Ausscheiden bedauere, aber ich respektiere natürlich seine Entscheidung. Manfred Muhr hat mehr als zehn Jahre seines Lebens in den Dienst einer freien und starken bäuerlichen Landwirtschaft gestellt. Seine Kompetenz wird uns fehlen. Im Namen aller Kammerrätinnen und Kammerräte wünsche ich Manfred Muhr für die weitere Zukunft alles Gute."

Roman Linder als zweiter Vizepräsident angelobt

Auf Manfred Muhr folgt Roman Linder als Vertreter der Freiheitlichen und Unabhängigen Bauernschaft als zweiter Vizepräsident. Die Angelobung erfolgte in die Hand des Landeshauptmannes **Peter Kaiser**, der in seiner Grußbotschaft betonte, dass es der Anspruch der Landesregierung sei, ein enkeltaugliches Kärnten zu schaffen. Kaiser: "Die Kärntner Bäuerinnen und Bauern sind wichtige, nein, unverzichtbare Partner, wenn wir unser Ziel eines nachhaltig erfolgreichen, enkeltauglichen Kärntens in die Tat umsetzen wollen. Die Verbundenheit mit der Natur, Verantwortungsbewusstsein und ein bewusster Umgang mit den Ressourcen - in den bäuerlichen Betrieben Kärntens werden die Nachhaltigkeitsziele, die wir in unserem Regierungsprogramm festgelegt haben, oft schon seit Generationen und immer noch tagtäglich selbstverständlich gelebt. Von der Versorgung mit hochwertigen und regionalen Lebensmitteln bis hin zur Energiewende - wir wertschätzen und unterstützen die Kärntner Landwirtschaft, weil wir wissen, dass ein enkeltaugliches Kärnten - mit all seinen Naturschätzen und gepflegten Kulturlandschaften - ohne Kärntner Bäuerinnen und Bauern nicht vorstellbar ist", so Kaiser.

Roman Linder stammt aus Aflitz und bewirtschaftet dort mit seiner Familie einen Bauernhof mit Mutterkuhhaltung und eine Gastwirtschaft. Der 32-Jährige ist verheiratet und hat 3 Kinder. Linder ist seit 2016 als Kammerrat in der LK-Vollversammlung vertreten und übernimmt nun die Rolle des zweiten Vizepräsidenten. Er folgt Manfred Muhr somit auch als Vorstandsmitglied nach. Die Funktion des Fraktionssprechers in der Vollversammlung übernimmt ab sofort KR Thomas Rinner. Damit ist die Freiheitliche und Unabhängige Bauernschaft nunmehr mit einer Doppelspitze in der LK Kärnten vertreten. In seiner Antrittsrede betont der neue Vizepräsident Roman Linder, dass er mit seiner

Fraktion eine kritische Stimme bei gleichzeitig konstruktiver Arbeit für die Kärntner Bäuerinnen und Bauern sein werde. Linder: "Eine politische Hofübernahme ist Herausforderung und Chance zugleich. Die Freiheitliche und Unabhängige Bauernschaft ist jedenfalls breit aufgestellt und wird sich als Team bei allen Themen einbringen, die der Bauernschaft unter den Nägeln brennen." Abschließend bedankt sich Roman Linder beim scheidenden Vizepräsidenten Manfred Muhr für dessen jahrelangen Einsatz in der bäuerlichen Interessenvertretung.

Huber gratuliert Roman Linder zur Wahl und streckt die Hand zur Zusammenarbeit aus: "Mein Wunsch ist, dass wir die Anliegen der Bauern in den Mittelpunkt und die Parteipolitik in den Hintergrund stellen. Ich bin überzeugt, die gute Zusammenarbeit wird auch mit Roman Linder als Vizepräsident ihre Fortsetzung finden." (Schluss)

LK Burgenland Vollversammlung erlässt Resolution rund um Ukraine-Getreide-Importe

Berlakovich: Sind solidarisch, dürfen aber nicht die Zeche zahlen

Eisenstadt, 28. Juni 2023 (aiz.info). - In der Vollversammlung der Burgenländischen Landwirtschaftskammer stand die Resolution an den Landwirtschafts- und Wirtschaftsminister hinsichtlich der Getreideimporte aus der Ukraine im Zentrum. Ebenfalls thematisiert wurde der ausständige Kammervertrag. Der Tätigkeitsbericht 2022 und der Rechnungsabschluss wurden von der Vollversammlung einstimmig angenommen.

Resolution, um die Getreide-Importe aus der Ukraine ersichtlich zu machen

Die Burgenländische Landwirtschaftskammer verurteilt den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und unterstützt grundsätzliche Maßnahmen für dieses vom Krieg betroffene Land. Um die Versorgung der Schwellen- und Entwicklungsländer sicherzustellen, wurden "Solidaritätskorridore" eingerichtet, über welche die Getreidelieferungen dorthin gelangen sollen. Bei dieser Regelung hat man sich aber keine weiteren Gedanken zu möglichen Marktverwerfungen und weitreichenden Preisverzerrungen gemacht. Die Störung der Getreidemärkte, aber nicht nur dieser, hat massive Auswirkungen auf den heimischen Markt, vom Landwirt bis zum Agrarhandel.

"Die Solidaritätskorridore wurden von der EU eingerichtet, um Regionen in Afrika und Asien mit Getreide zu versorgen. Daher sollen Agrarprodukte aus der Ukraine auch zielgerichtet in diese Regionen geliefert werden. Wir sind solidarisch mit der Ukraine, unsere Bäuerinnen und Bauern dürfen aber nicht die Zeche zahlen", betont **Nikolaus Berlakovich**, Präsident der Burgenländischen Landwirtschaftskammer sowie Österreichs Vertreter im EU-Bauernverband.

Je mehr die direkten EU-Nachbarn zur Ukraine Lieferungen sperren, umso größer wird das Problem für Österreich und weitere Mitgliedsstaaten. "Die Lagerbestände aus der Ernte 2022 sind auch in Österreich nicht aufgebraucht, was durch Ukraine-Lieferungen zu massiven Marktverwerfungen führen wird. Österreich trägt daher und aufgrund der Ernteprognosen 2023 eine noch größere Last. Hohe Produktionskosten bei Dünger und anderen Betriebsmitteln zum Anbau 2022/23 und jetzt niedrige Ernteerlöse verschärfen die Situation aufs Schlimmste", so Berlakovich. Deshalb stellte die Burgenländische Landwirtschaftskammer mittels einer Resolution folgende Forderungen an Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig und Arbeits- und Wirtschaftsminister Univ.-Prof. Martin

Kocher: Erstens die Aufnahme Österreichs in die Liste jener EU-Mitgliedstaaten mit Empfangsbeschränkungen und zweitens die Sicherstellung der Nachverfolgbarkeit von Transitware ukrainischen Ursprungs für einen Bestimmungsort in Drittstaaten.

Rechnungsabschluss und Tätigkeitsbericht

Der Rechnungsabschluss wurde einstimmig beschlossen. Die BDO Wirtschaftsprüfung hat festgestellt, dass die Landwirtschaftskammer unterfinanziert ist. Wir bemühen uns, trotz Defizit, bestmöglich weiterzuarbeiten. Deshalb ist eine nachhaltige Kammerfinanzierung wichtig. "Die laufenden Gespräche mit dem Land sind konstruktiv. Aber wir hoffen, dass wir den Kammervertrag bald abschließen können. Nicht nur im Sinne unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch, um unsere Funktion als die erste Service- und Beratungsstelle in der burgenländischen Landwirtschaft bestmöglich erfüllen zu können", hebt Berlakovich hervor.

Im Rahmen der Vollversammlung der Burgenländischen Landwirtschaftskammer wurde der Tätigkeitsbericht 2022 einstimmig beschlossen. Im Tätigkeitsbericht wird die Arbeit der Landwirtschaftskammer als Interessenvertretung und als Beratungs- und Förderabwicklungsstelle für die burgenländischen Bäuerinnen und Bauern und für den ländlichen Raum aufgezeigt. Der Tätigkeitsbericht 2022 ist online unter www.lk-bgld.at abrufbar. (Schluss)

LFI veröffentlicht umfangreichen Mastgeflügel-Ratgeber

Alle Sparten der Geflügelmast im Detail beschrieben

Wien, 28. Juni 2023 (aiz.info). - Eine detaillierte Beratungsbroschüre für Mastgeflügelhalter:innen hat das Ländliche Fortbildungsinstitut (LFI) erstellt. Diese Broschüre beleuchtet alle Aspekte, die die Haltung von Masthühnern, Truthühnern, Gänsen und Enten betreffen. Sie steht kostenlos zum Download zur Verfügung.

Neben den zahlreichen Beratungsangeboten der Landwirtschaftskammern, Geflügelverbände und privatwirtschaftlichen Unternehmen bietet die neue Broschüre "Mastgeflügelhaltung" eine umfassende Informationsquelle für Geflügelhalter:innen. Der Ratgeber behandelt Themen wie rechtliche Grundlagen, Stallbau, Fütterung, Tiergesundheit und Vermarktung. Die einzelnen Sparten der Geflügelmast werden dabei ausführlich betrachtet.

In den einzelnen Kapiteln wird zum Beispiel der Weg zum neuen Stall erklärt, Geflügelkrankheiten werden beschrieben und die Grundlagen von Fütterung und Haltung erörtert. Das Kapitel Rechtliches zeigt unter anderem juristische Grundlagen des Stallbaus oder steuerrechtliche Bedingungen der Geflügelwirtschaft auf. Ein besonderer Fokus wird zudem auf das Aktionsprogramm Nitrat gelegt. Darüber hinaus bietet der Ratgeber wichtige Informationen zur Direktvermarktung von Mastgeflügel. Ein Kapitel widmet sich außerdem der Struktur der Geflügelhaltung in Österreich und der Welt.

Die Broschüre kann kostenlos unter <https://www.lko.at/publikationen+2400++2548420> heruntergeladen werden. (Schluss) kra

Bundesforste warnen vor erhöhter Waldbrandgefahr

Vielfältige Mischwälder reduzieren Brandrisiko

Purkersdorf, 28. Juni 2023 (aiz.info). - Mit längeren Trockenperioden und steigenden Temperaturen als Folge des Klimawandels steigt auch die Waldbrandgefahr. "Wir spüren, dass die Klimakrise und damit auch das Brandrisiko in unseren Wäldern angekommen ist. Langanhaltende Hitzeperioden, wie sie auch in den kommenden Monaten wieder zu befürchten sind, entziehen dem Waldboden Feuchtigkeit und lassen ihn austrocknen. Die Gefahr von Waldbränden ist dann besonders hoch", warnt **Andreas Gruber**, Vorstand der Österreichischen Bundesforste, die rund 15% der heimischen Wälder betreuen.

Vorsorglich setzen die Bundesforste Maßnahmen zur Waldbrandprävention, wie etwa die Entwicklung artenreicher Mischwälder, die Zusammenarbeit mit Feuerwehren sowie die Aufklärung und Bewusstseinsbildung derer, die sich im Wald aufhalten.

Von den jährlich rund 200 Waldbränden in Österreich, kommen rund zehn auf Bundesforste-Flächen vor, teilt das Unternehmen mit. Die meisten davon betreffen kleine Flächen von weniger als einem Hektar. Schwerpunkte bilden die Wälder im warmen und trockeneren Osten des Landes - im südlichen Niederösterreich, im Wienerwald und in der Obersteiermark.

Mensch als Auslöser für Waldbrände

Über 80% der Waldbrände sind laut den Bundesforsten menschengemacht. "Unser dringender Aufruf lautet, sich bedacht und umsichtig im Wald zu bewegen. Denn Lagerfeuer oder achtlos weggeworfene Zigaretten werden im Wald im wahrsten Sinne des Wortes rasch zu einem Spiel mit dem Feuer", appelliert er an die Vernunft. Wenn es zum Brand kommt, ist rasches Handeln - vor allem das Alarmieren der Feuerwehr, über die Notrufnummer 122 - das Um und Auf. "Selbst wenn Menschen das Gefühl haben, einen Brand noch selbst löschen zu können, bitten wir darum, keine Hemmungen zu haben und die Feuerwehr zu kontaktieren. Die ersten Minuten sind entscheidend", betont Gruber.

Bis die grundsätzliche Funktionsfähigkeit eines Waldes nach einem Waldbrand wieder uneingeschränkt hergestellt ist, kann es oft Jahrzehnte dauern. Aufgrund des Nährstoffverlustes im Boden geht die Wiederbewaldung langsam voran. Bis Gräser, Moose, Sträucher und krautige Pflanzen auf Brandflächen für das erste Grün sorgen, vergeht rund ein Jahr. Pionierbaumarten, wie beispielsweise Birken, Weiden oder Aspen, deren Samen weit fliegen, sind laut den Bundesforsten die ersten Bäume, die sich auf den brandbetroffenen Flächen wieder ansiedeln. (Schluss)